

Ulrich Bremi wird 90 – der liberale Vordenker bestimmte die Geschehnisse der Schweiz mit **SEITE 14**Der Bund engagiert sich wieder in Eritrea – er unterstützt drei Projekte im ostafrikanischen Land **SEITE 15**

Der Renten-Stresstest für FDP und SVP

Werden es die beiden Parteien wagen, die Volksinitiative der Jungfreisinnigen für das Rentenalter 66 zu unterstützen?

FABIAN SCHÄFER

Keine Chance, aussichtslos, nichts zu machen: Niemals würde das Stimmvolk einer Erhöhung des Rentenalters auf über 65 Jahre zustimmen. Dies gilt unter Politikern von links bis rechts als ausgemacht. Wirklich wissen kann es aber niemand. Bisher konnte das Volk nie über eine Vorlage abstimmen, die eine reine Erhöhung des Rentenalters vorsah.

Das soll sich nun ändern. Die Jungfreisinnigen haben am Dienstag eine Volksinitiative lanciert, mit der sie die heutige Regelung – 65 Jahre für Männer, 64 für Frauen – überwinden wollen. Bei Annahme der Initiative wird das Rentenalter im vierten Jahr nach der Ab-

Stimmbürger sollten in den Spiegel schauen

Kommentar auf Seite 11

stimmung erstmals erhöht, danach soll es Jahr für Jahr weiter steigen. Falls die Abstimmung 2023 stattfindet, wären als Erstes die heute 58-jährigen Männer und die 57-jährigen Frauen betroffen. Bei den Frauen kämen pro Jahr vier Monate hinzu, bei den Männern zwei. 2032 läge das Rentenalter für alle bei 66 Jahren. Danach würde es nur weiter steigen, wenn auch die statistische Lebenserwartung zunimmt. Fünf Jahre vor der Pensionierung würde jede und jeder wissen, wann er in Rente gehen kann.

Keine klare Ansage von Gössi

Diese Initiative ist vor allem für die FDP und die SVP eine Herausforderung. Beide haben sich in der Vergangenheit zumindest theoretisch für ein höheres Rentenalter ausgesprochen. Aber werden sie es in der Praxis wagen, die konkrete Forderung zu unterstützen? Oder schrecken sie zurück, zumal die Abstimmung mitten ins Wahljahr fallen könnte?

Die Antworten der FDP-Präsidentin Petra Gössi fallen eher vage aus. Sie sagt, sie begrüße die Lancierung der Initiative. Diese sei ein starkes Signal der Jungen. Die Politik dürfe ein höheres Rentenalter nicht tabuisieren. Aber unterstützt sie die Initiative denn auch? Gössi: «Ich finde es wichtig, dass die



Wohin des Weges? Die Richtung der künftigen Schweizer Rentenpolitik bleibt umstritten.

ADRIAN BAER / NZZ

Jungfreisinnigen die Diskussion in eine neue Richtung lenken.» Wird sie sich dafür einsetzen, dass die FDP die Initiative unterstützt? Gössi: «Die Partei wird sich im Rahmen des parlamentarischen Prozesses eingehend mit der Initiative befassen, wenn sie zustande gekommen ist.»

Allerdings ist anzunehmen, dass die Jungen bei Gössi auf offene Ohren stossen. Sie hat sich schon öffentlich für ein höheres Rentenalter ausgesprochen, sich aber nicht auf eine genaue Zahl festgelegt. Hinzu kommt, dass mehrere FDP-Parlamentarier im Initiativkomitee sitzen, unter anderem die Nationalrätin Regine Sauter und der Ständerat Andrea Caroni. Nicht dabei ist der Sozialpolitiker Josef Dittli, doch der Ständerat macht auf Anfrage eine klare Ansage: Zuerst müsse man das Rentenalter von Mann und Frau bei 65 Jahren angleichen, danach werde er die Initia-

tive der Jungfreisinnigen «vollumfänglich» unterstützen.

So viel Klarheit gibt es bei der SVP nicht. Sie ist sozialpolitisch generell schwierig berechenbar und kann hier auch ihre Basis nicht immer überzeugen. Diese hat etwa den tieferen Umwandlungssatz in der 2. Säule wuchtig verworfen. Auch die Fraktion ist gespalten: Von den gewählten Nationalräten, welche die Smartvote-Fragen beantwortet haben, sprachen sich 30 für ein höheres Rentenalter aus und 18 dagegen.

Was halten denn nun die Exponenten von der Initiative des Jungfreisinns? Präsident Albert Rösti verweist an Fraktionschef Thomas Aeschi und dieser an Nationalrat Thomas de Courten. Dieser sagt auf die Frage, ob er die Initiative unterstütze: «Teils». Er sei dafür, das Rentenalter so weit zu erhöhen, wie dies notwendig sei, um die Altersvorsorge finanziell zu sichern. Genauer legt er sich nicht

fest. Nach der Angleichung des Rentenalters für Mann und Frau bei 65 brauche es eine Diskussion darüber, ob später eine weitere Erhöhung notwendig sei.

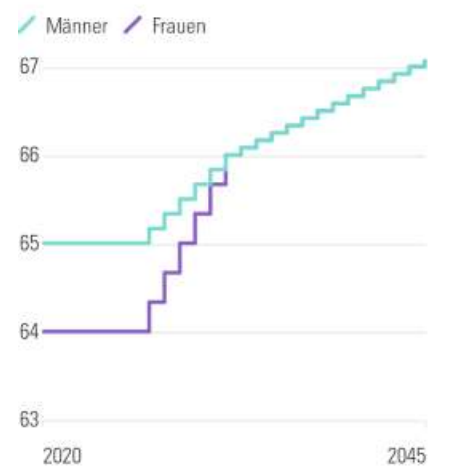
Bei Entwicklungshilfe sparen

Die Zurückhaltung erstaunt. Ist angesichts der Lebenserwartung nicht völlig logisch, dass das Rentenalter mittelfristig mindestens auf 67 Jahre steigen muss? «Nein», sagt de Courten. Die Finanzierung allein über das Rentenalter zu sichern, sei nicht mehrheitsfähig. Will er stattdessen die Mehrwertsteuer noch stärker erhöhen? «Natürlich nicht, die SVP ist gegen höhere Steuern.» Sein Gegenvorschlag: Der Bund soll weniger für Entwicklungshilfe ausgeben und auf die Kohäsionsmilliarde verzichten. Diese Gelder sollen in die AHV fließen.

Würde das funktionieren? Das gesamte Budget der Entwicklungshilfe be-

Ab 2032 läge das Rentenalter bei 66 Jahren

Voraussichtliches Rentenalter für Mann und Frau bei Annahme der Renten-Initiative*



*Annahmen: Volksabstimmung findet 2023 statt. Und: Lebenserwartung steigt weiterhin ähnlich stark wie in den letzten zehn Jahren.

QUELLE: INITIATIVTEXT, EIGENE BERECHNUNGEN NZZ / fab.

trägt rund 3 Milliarden Franken im Jahr, für die Kohäsionsbeiträge sind 1,3 Milliarden vorgesehen, verteilt auf zehn Jahre. Das jährliche Defizit der AHV wird aber 2035 rund 10,2 Milliarden Franken betragen. Wenn vorher das Rentenalter der Frauen auf 65 steigt und die Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte erhöht wird, reduziert sich der Fehlbetrag auf 7,2 Milliarden. Sprich: Sogar wenn die gesamte Entwicklungshilfe abgeschafft wird, lässt sich die AHV damit nicht einmal annähernd stabilisieren. Doch de Courten bleibt dabei: «Ich lege mich im Moment nicht fest, ob und wie stark das Rentenalter über 65 hinaus erhöht werden muss.» Grundsätzlich steht er einer Erhöhung aber offen gegenüber. 2013 hat er selber mit einem Vorstoss verlangt, der Bundesrat solle dazu Vorschläge machen. Auch damals liess er offen, wie stark das Rentenalter steigen soll.

Fazit: Es wird spannend. Die Initiative zwingt die FDP und die SVP, Farbe zu bekennen. Unterstützung ist sonst nur von den Grünliberalen zu erwarten. Aber zuerst müssen die Jungfreisinnigen beweisen, dass es möglich ist, für eine unliebsame Forderung 100 000 Unterschriften zu sammeln.

Die Reformierten sagen Ja zur Ehe für alle

Die Kirche will in Zukunft auch schwule und lesbische Paare trauen

ANGELIKA HARDEGGER

Sollen schwule und lesbische Paare heiraten dürfen? Über diese Frage haben progressive und konservative Reformierte in den vergangenen Wochen gestritten. Nun hat die Kirche Position bezogen: Die Reformierten sagen Ja zur Ehe für alle. Das hat das höchste protestantische Gremium der Schweiz am Montagmittag entschieden. Der Entscheid der Kirchenbund-Abgeordneten ist ein Erfolg für den höchsten Reformierten der Schweiz, Gottfried Locher. Er hatte sich schon im Sommer klar für die Ehe für alle ausgesprochen und damit Widerstand aus konservativ-freikirchlichen Kreisen provoziert. Locher argumentierte, Homosexualität entspreche dem Schöpfungswillen Gottes. Wenn sich der Staat zur gleichgeschlechtlichen Ehe hin öffne, gebe es keinen Grund für die Kirche, ihm nicht zu folgen. Reformierte Gegner widersprachen Locher in einem

offenen Brief. Die gleichgeschlechtliche Ehe stehe im Widerspruch zur biblischen Offenbarung, schrieben sie. Damit ein Kind in guten Verhältnissen aufwache, brauche es Vater und Mutter.

Deutliche Zustimmung

An der Tagung des Kirchenparlaments hat sich gezeigt: Die konservativen Gegner der Ehe für alle sind in der reformierten Kirche klar in der Minderheit. Die Abgeordneten stimmten der Öffnung der Ehe sehr deutlich zu, mit 49 zu 11 Stimmen. Unter den Befürwortern war die Erleichterung über den Entscheid gross. Der Rat des Kirchenbunds sieht sich in seiner Position bestätigt, dass Menschen so von Gott gewollt seien, wie sie geschaffen wurden. Die besonders aus dem Fernsehen bekannte Zürcher Pfarrerin Sibylle Forrer twitterte schlicht: «Hallelujah!»

Der Abstimmung in der Versammlung ging eine lebhaftige Debatte vor-



Gottfried Locher
Kirchenbund-Präsident

aus, wie die Nachrichtenagentur SDA berichtet. Demnach plädierte ein Delegierter aus Obwalden dafür, den Entscheid ganz den Kirchgemeinden zu überlassen. Es dürfe nicht sein, dass eine theologische Minderheit ausgegrenzt werde. Andere Vertreter warnten vor einer gegenseitigen Zerfleischung unter Reformierten. Ob ein Pfarrer schwule oder lesbische Paare trauen will, bleibt auch nach dem Ja des Kirchenparlaments ihm selbst überlassen. Die Gewissensfreiheit solle gewahrt bleiben, teilt der Evangelische Kirchenbund mit.

«Der Abgeordnetenversammlung war es wichtig zu betonen, dass auch nach dem heutigen Entscheid verschiedene Eheverständnisse in der reformierten Kirche Platz haben.»

Kontroverse um Kinderfrage

Den Landeskirchen wird empfohlen, für die kirchliche Trauung eine Zivilehe voraussetzen. Bereits heute verbreitet sind Segnungen von gleichgeschlechtlichen Paaren. Für die Reformierten ist die Ehe kein Sakrament. Im Gegensatz zu den Katholiken haben sie sich stets am Staat orientiert, und dort ist die Öffnung der Zivilehe für Homosexuelle auf gutem Weg. Der Nationalrat wird voraussichtlich im Frühling entscheiden, ob in Zukunft auch schwule und lesbische Paare heiraten und Kinder adoptieren dürfen.

Den politischen Befürwortern der Ehe-Öffnung ist eine Mehrheit im Parlament praktisch sicher. Nur die SVP

und die EVP sprechen sich dagegen aus. Weniger enig sind sich die Parteien in der Frage, ob homosexuelle Paare auch Kinder haben dürfen. Die Lobbys von lesbischen Frauen und schwulen Männern fordern, dass lesbische Paare Zugang zur Samenspende erhalten. Dieses Recht könnte ihnen vorerst aber verwehrt bleiben. Die vorbereitende Kommission des Nationalrats will die Frage der Fortpflanzungsmedizin vertagen.

Am Ende wird wahrscheinlich die Stimmbevölkerung über die Ehe für alle entscheiden. Wie das Bundesamt für Statistik Anfang Woche kommunizierte, sind mittlerweile sechs von zehn Frauen, aber erst vier von zehn Männern der Ansicht, dass ein Kind auch bei einem gleichgeschlechtlichen Paar glücklich aufwachsen kann. Zugleich befürworten 65 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer, dass homosexuelle Paare die gleichen Rechte erhalten wie heterosexuelle Paare.